



**Am 15. Juni 2014
DIE LINKE wählen!**

Kreiswahlprogramm 2014
für den Ennepe-Ruhr-Kreis

**Für soziale Gerechtigkeit und
umfassende Demokratie vor Ort!**

DIE LINKE.

Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!

DIE LINKE tritt wieder zur Europa- und Kommunalwahl an. 2009 sind wir erfolgreich in Kommunalparlamente eingezogen. Dabei ist es uns gelungen, unser zentrales Projekt „DIE LINKE wirkt“ trotz deutlicher Stimmenmehrheit der bürgerlichen Parteien umzusetzen. Unserem Grundsatz, „den Stimmen Gehör zu verschaffen, die verschwiegen und übergangen werden“, sind wir gefolgt.

Die Landesverfassung NRW schreibt vor, dass im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens das Wohl des Menschen steht. Der Schutz der Arbeitskraft hat Vorrang vor dem Schutz des materiellen Besitzes. Jede*r hat das Recht auf Arbeit. Die Gemeindeverfassung schreibt vor, dass die Gemeinden die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaues sind, und diese das Wohl der Einwohner*innen in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe fördern und zugleich in Verantwortung für die zukünftigen Generationen handeln.

Die Wirklichkeit in der Kommune ist jedoch weit davon entfernt, sich an diesen berechtigten Bedürfnissen der Menschen zu orientieren.

Die bisherige Kommunalpolitik ist nur das letzte Glied einer verhängnisvollen Kette von angeblichen Sachzwängen der herrschenden Wirtschaftspolitik im marktgetriebenen Kapitalismus. Das gesamte Leben wird den Erfordernissen des daraus resultierenden Profitinteresses untergeordnet. Die Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik setzt geräuschlos die Vorgaben einiger weniger Lobbyisten

um. Das kommunale Leben wird diesem unterworfen und muss möglichst kostengünstig verwaltet werden. Dabei steht das Einsparinteresse im Gegensatz zur Gemeindeverfassung über dem Gemeinwohl. Damit wird nicht nur die kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt, sondern die wirtschaftliche Unabhängigkeit abgeschafft. Die Kommunen werden finanziell ausgeblutet und wirtschaftliche Eigenaktivität, alternative Betriebs- und Produktionsformen, sowie kulturelle Selbstbestimmung werden durch Gesetze, Verordnungen und gegebenenfalls auch durch ideologische Kampagnen erstickt.

Menschen mit geringen Einkommen und damit finanziell Ausgegrenzte sind die Leidtragenden dieser Politik und ihrer Verhältnisse: Der Prosperität und Diversität (Wohlstandswachstum und Vielfältigkeit) wird die Chance genommen, sich gemäß den Bedürfnissen und Fähigkeiten des gesellschaftlichen Lebens in der Kommune zu entwickeln.

Im marktgetriebenen Kapitalismus erhalten kleine Gewerbetreibende, Selbstständige und Kulturschaffende nur eine geringe Wertschätzung und Förderung. Vorfahrt haben Konzerne, Reiche und finanziell Einflussreiche.

DIE LINKE. EN stellt sich diesem zentralen Widerspruch im kommunalen Leben entgegen. Sie ist nicht bereit, sich in der Kommune den aufgezwungenen Spar- und Sachzwängen zu unterwerfen. Sie macht in ihrer Politik diesen Gegensatz von dem, was möglich ist und dem was Wirklichkeit

ist, immer wieder deutlich und hält den bürgerlichen Parteien den Spiegel vor. Mit allen Menschen, die sich ihr anschließen und mit allen, die daran Interesse haben, fordert sie eine dem Gemeinwohl dienende kommunale Machbarkeit und keinen dem Profitinteresse unterworfenen Konzern Stadt.

DIE LINKE. EN will starke Kommunen mit selbstbewussten Einwohner*innen. Sie setzt sich für echte Selbstverwaltung und ein selbstbestimmtes kommunales Leben ein. Dazu zählt auch eine umfassende Reform der Staatsfinanzen und eine radikale Neuaufteilung des Steueraufkommens zu Gunsten der kommunalen Ebene.

Für DIE LINKE. EN stehen folgende Forderungen im Vordergrund, die sie gemeinsam mit der linken Bewegung trägt:

Bildung

- ▶ gute Schulen und ausreichend kostenlose Kindereinrichtungen
- ▶ selbstverwaltete und vielschichtige Treffpunkte und Kultur-, Sport- und Freizeitangebote, Mitmachzentren und Stadtteilläden für jung und alt in allen Stadtteilen

Arbeit und Soziales

- ▶ ausreichend und qualitativ gute Arbeitsplätze, die für ein gutes Leben und mindestens existenzsichernd sind
- ▶ Der Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge bleibt oberste Maxime.

- ▶ Im Zuge der Gleichstellung müssen die Führungspositionen zu mindestens 50 Prozent mit Frauen besetzt werden.
- ▶ Neue Beschäftigungsverhältnisse sind sozialversicherungspflichtig, tariflich bezahlt und grundsätzlich unbefristet einzurichten. Kein weiterer Personalabbau sondern mehr kommunale Beschäftigung im öffentlichen Dienst.
- ▶ Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors, aber nicht unter einem Mindestlohn von 10 Euro.
- ▶ Die Tarifgebundenheit gegenüber Beschäftigten und auch die Vergabe bei öffentlichen Aufträge muss gesichert sein.

Ausbildung und Zukunft gestalten

- ▶ Generell fordern wir den Ausbau qualifizierter Ausbildungsplätze im öffentlichen Beschäftigungssektor und in der Privatwirtschaft mit einer hohen Quote und unbefristete Übernahme aller Auszubildenden.

Wohnen

- ▶ Förderung bezahlbaren Wohnraums, der zeitgemäßen Ansprüchen entspricht und alternative Wohnformen zulässt.
- ▶ Eine gute und sichere Wohnung, die den heutigen Anforderungen genügt und bezahlbar ist, gehört zu einem menschenwürdigen Leben. Da, wo ein Neubau erforderlich ist, muss er

den Aspekt der dauerhaft belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen erfüllen.

- ▶ Wohnungsbestände müssen so modernisiert werden, dass sie Barrieren abbauen und Energieeinsparmaßnahmen durchführen - und zwar ohne - Mieterinnen und Mieter in Folge von untragbaren Mietsteigerungen zu verdrängen.
- ▶ Wir wollen die Wiederbelebung einer gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft. Leerstände sind sozial ungerecht und daher politisch zu bekämpfen. Initiativen zur Durchsetzung werden wir unterstützen.

Grundrecht auf Mobilität - Für eine sozial-ökologische Verkehrswende und ein breit ausgebautes kostenfreies Nahverkehrssystem

- ▶ Mobilität ist ein Menschenrecht. Daher muss der Rückbau des Öffentlichen Personennahverkehrs gestoppt werden. In den letzten Jahren sind durch Ausdünnung des ÖPNVs ganze Stadtteile strukturell abgeschnitten worden. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden.
- ▶ Eine gute Verkehrsplanung trägt zur Verminderung von Lärm und Gesundheitsbelastung bei.
- ▶ Eine ökologisch sinnvolle kommunale Verkehrsplanung muss die Schaffung

und den Ausbau von Park & Ride berücksichtigen, sowie den Ausbau des Radwegenetzes. Sie muss Fahrgemeinschaften, Carsharing und Leihradsysteme fördern sowie den Ausbau eines ökologisch sinnvollen Netzes.

- ▶ DIE LINKE. EN setzt sich auch weiterhin für die sofortige Einführung eines kostenlosen Sozialtickets ohne Anrechnung von Sozialleistungen ein. Dies ist beim VER sowie VRR durch die Kommunalvertreter*innen in den Aufsichtsräten anzustreben und immer wieder zu thematisieren.

Global denken - lokal handeln: Energiewende aber richtig!

- ▶ Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltstandards und Nachhaltigkeit hin überprüft werden. Wir unterstützen auf allen Ebenen die Einwohner*innen sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren und den Naturschutz fördern.
- ▶ Wir setzen uns ein für eine umweltfreundliche und sichere bezahlbare Energieversorgung
- ▶ Wir wollen eine Energieversorgung ohne Atom und Kohle. Wir setzen auf regenerative Energiequellen.
- ▶ Umweltschutz, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit bilden für uns eine Einheit und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- ▶ Ein striktes Fracking-Verbot, ein-

halten. Wir fordern, Anträge auf die Erteilung von Bergbau-Berechtigungen, die Voraussetzung für Fracking sind, zu versagen. Der Kreistag hat bereits auf den Antrag der Linksfraktion hin eine entsprechende Resolution beschlossen. Wir stehen weiterhin für die Willenserklärung, die wir im Kreistag durchgesetzt haben.

Abfall- und Kreislaufwirtschaft

- ▶ Recyclebare Abfälle sind Rohstoffe und gehören allen. Daher müssen die Gewinne kostensenkend in die Abfallgebühren zurückfließen. Kosten durch schädliche Altlasten müssen auf der anderen Seite von den Verursachern getragen werden.
- ▶ Die wichtigsten Bedürfnisse der Menschen nach Gesundheitsvorsorge, Aus- und Weiterbildung, sinnvoller Freizeitgestaltung, Mobilität, sinnvoller Energie- und Abfallwirtschaft lassen sich nicht durch privatwirtschaftlich betriebene Unternehmen erfüllen. Für alle nicht öffentlichen Unternehmen steht im Vordergrund, die eigenen Gewinne zu vermehren. Ihr Angebot steht nur denen zur Verfügung, die gut zahlen können und schließt immer mehr Menschen aus. Dieser Widerspruch zwischen Gemeinwohlinteresse und Rendite führt zwangsläufig zu In-

teressenskonflikten innerhalb einer Kommune.

- ▶ DIE LINKE. EN ist in diesen Konflikten nicht neutral. Sie steht auf der Seite der Menschen, die sich für ihre berechtigten Alltagsinteressen einsetzen. Mit ihnen gemeinsam ergreifen wir Partei! Die Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN Ennepe-Ruhr-Kreis in den Räten und im Kreistag werden sich deshalb vorrangig um die Menschen im Stadtteil und in den Betrieben, an Schulen und öffentlichen Einrichtungen kümmern. Wir stellen uns für eine widerständige Politik auf und werden uns nicht bereichern, uns nicht am Parteienklüngel beteiligen, sondern uns ausschließlich an der Seite der Bevölkerung engagieren, selbstlos und zuverlässig. Ermutigend und initiiierend werden wir die vielfältigen Aktionen und Aktivitäten zur demokratischen Selbstbestimmung unterstützen.
- ▶ DIE LINKE. Ennepe-Ruhr-Kreis will kommunale Beiräte auf allen wichtigen Handlungsfeldern der Kommunalpolitik, in denen sich Einwohner*innen Gehör verschaffen können. Sie steht für Inklusion und Gleichstellung und eine Willkommenspolitik. Sie kämpft für eine barrierefreie Stadt, setzt sich für die Belange aller Generationen ein, für ein würdevolles Leben ohne Ausgrenzung und Vereinsamung.

Dafür steht DIE LINKE im Ennepe-Ruhr-Kreis:

- ▶ einen konsequenten Umweltschutz und gut erreichbare Naherholungsgebiete
 - ▶ ein dichtes und hochwertiges Versorgungsnetz im Gesundheitswesen
 - ▶ eine menschenwürdige, quantitativ und qualitativ gute Pflege und Krankenversorgung in kommunaler Obhut
 - ▶ vielfältige Einkaufsmöglichkeiten und kurze Wege
 - ▶ am Menschen orientierte Behörden und eine gebührenfreie Verwaltung
 - ▶ den Stopp der katastrophalen Sparprogramme im Kreis und in den Städten
 - ▶ die Rücknahme der Kürzungen bei sozialen und kulturellen Einrichtungen
 - ▶ keine Vermittlung von Erwerbs-suchenden in Ein-Euro-Jobs und die Umwandlung aller kommunaler Arbeitsangebote mit Mehraufwandsentschädigung, sogenannte Ein-Euro-Jobs, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
 - ▶ die Abschaffung von Sanktionen gegen Erwerbslose und Erwerbsunfähige, denn schon die jetzige Festlegung der Grundsicherung für Erwerbslose, Erwerbsunfähige, Kinder sowie Rentner*innen ist existenzvernichtend
 - ▶ die volle Kostenübernahme für Mieten, Heizung und Strom bei Menschen im ALG-II-Bezug, Grundsicherung und Wohngeld
 - ▶ Stopp von Zwangsumzügen
 - ▶ die sofortige Einführung eines kostenlosen Sozialtickets für den öffentlichen Personennahverkehr; ohne Anrechnung auf Sozialleistungen
 - ▶ die finanzielle Förderung der freien Kunst- und Kulturszene im Ennepe-Ruhr-Kreis, der Volkshochschule (VHS), der städtischen Büchereien und der Musikschulen
 - ▶ die vollständige Rücknahme des Umbaus öffentlicher Einrichtungen in Privatwirtschaft sowie den Stopp aller Privatisierungsvorhaben auch hinsichtlich öffentlicher Privatpartnerschaftlicher Modelle (Private Public Partnership PPP)
 - ▶ die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Beratungen des Haushaltes und bei Großprojekten
 - ▶ eine kommunale Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive
- Die bisherige Kommunalpolitik wird als das wahrgenommen, was sie ist: hilflos den wirklich mächtigen Strukturen – den privaten Unternehmensinteressen, der Verwaltungsbürokratie, der Landes- und Bundespolitik – ausgeliefert. Chronische Unterfinanzierung erzwingt eine strukturelle Handlungsunfähigkeit. Das führt zu Politikverdrossenheit, Wahlenthaltung und sinkender Teilhabe an der Mitgestaltung in der eigenen Stadt: an den Kommunalwahlen nehmen immer weniger

Menschen überhaupt teil.

Aber eine soziale, gerechte, solidarische und ökologische Politik im Ennepe-Ruhr-Kreis ist möglich und nötig und gerade in der Kommune wird nur dann etwas zu bekommen, zu gestalten und zu verteidigen sein, wenn die Menschen für die Durchsetzung ihrer Belange aufstehen.

DIE LINKE. EN ist und bleibt die Alternative zu den etablierten Parteien in unseren Städten. Die Erfolge der Partei DIE LINKE haben dazu geführt, dass das Thema soziale Gerechtigkeit bei den etablierten Parteien überhaupt erst wieder diskutiert wird und auch im Ennepe-Ruhr-Kreis ein Thema ist. Um wirklich eine Politik im Interesse der Menschen machen zu können, muss wieder eine starke Partei DIE LINKE in die Parlamente einziehen und den Städten

im Ennepe-Ruhr-Kreis eine sozialere Prägung für ein gutes Leben geben.

Wir sehen uns als Gegenoffensive zur Politikverdrossenheit und Alternative für diejenigen, die nicht wählen gehen. Wer nicht wählen geht, wird überhaupt nicht vertreten, wer gar nicht wählt und uns nicht wählt, mindert auch die Chancen derer, die gar nicht wählen können und dürfen.

Unsere linksorientierte Politik der Selbstbestimmung und des Widerstandes ist bunt und vielfältig, sie setzt an der Wurzel an und entspricht in keiner Weise den glatten Konzepten und technokratisch angepassten Modellen aller anderen bürgerlichen Parteien; sie hat alles anderen etwas voraus - sie ist Leben:

Links schlägt nicht nur das Herz - Links gestaltet die Zukunft



Helmut Kanand, unser Kandidat für den Kreistag auf Platz 1



Christina Zett, unsere Kandidatin für den Kreistag auf Platz 2

www.die-linke-en.de

V.i.S.d.P: DIE LINKE.Ennepe-Ruhr-Kreis,
Wolfgang Krupke; Kreissprecher
Treppenstr 5
58285 Gevelsberg
Telefon: 0172/2876862

buero@die-linke-en.de